

Leserbriefe

Parteien wollen Mitsprache aushebeln

Ausgabe vom 31. Januar

Zum Leserbrief «Als ob die Stadt bei Ja untergehen würde»

In der Medienmitteilung von letzter Woche versuchen die Parlamentsbefürworter, den Bürgerinnen und Bürgern die geplante Gemeindeordnung schmackhaft zu machen. Überzeugende Argumente für die Einführung eines Parlaments sucht man allerdings vergeblich. Der Text dreht sich zu einem grossen Teil um Stilfragen. Und irgendwie sollen die städtischen Projekte (die ja weiterhin durch den Stadtrat und die Verwaltung vorbereitet würden!) mit einem Parlament in Zukunft auf wundersame Weise besser werden.

Interessanter als der langfädige Inhalt ist die Liste der Unterzeichnenden der Medienmitteilung. Sämtliche Parteien wollen die neue Gemeindeordnung mit Parlament. Denn sie alle drängen an die Macht und wollen deshalb die direkte Bürgermitsprache aushebeln.

Man kann sich bereits heute ausmalen, wie diese parteiübergreifende Zusammenarbeit auch im zukünftigen Parlament funktionieren würde. Zuerst einmal würden die ins Parlament gewählten Parteipolitiker gemeinsam ihre eigenen Entschädigungen festlegen! Bei den Sachprojekten würden sie, wie in Parlamenten üblich, Päckchen bilden: Die Linken verheissen den Anliegen der Rechten zum Erfolg, wenn diese im Gegenzug die Projekte der Linken unterstützen. Die Folge: faule Kompromisse zulasten der Steuerzahlenden. Alle vier Jahre, wenn die Wiederwahlen anstehen, werden Parlamentarier besonders aktiv und ausgabefreudig. Dass die Steuern in Rapperswil-Jona mit einem Parlament steigen werden, dürfte klar sein. Heute sorgen die Bürgerinnen und Bürger an der Bürgerversammlung für einen massvollen Umgang mit unseren Steuergeldern und Ressourcen.

Es ist übrigens auch nicht so, dass die angeblich unberechenbare Bürgerversammlung die Stadt unregierbar macht. Nur ganz wenige Anträge des Stadtrats wurden in den letzten Jahren von der Bürgerversammlung abgewiesen. Im Grossen und Ganzen durfte sich der Stadtrat auf den Support der Bürgerschaft verlassen.

Unser heutiges politisches System ist ein effizientes, bürgernahes Erfolgsmodell. Bewahren wir dieses mit einem Nein zur Gemeindeordnung am 12. März.

Robert Hegner aus Rapperswil im Namen des Komitees «Nein zur Gemeindeordnung, Nein zum Parlament»

Der Realität der Stadt gerecht werden

Die kommende Abstimmung zum Stadtparlament wird wegweisend sein. Ich bin optimistisch, dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger versteht, dass die Zeiten des dörflichen Denkens und des rückwärtsgewandten Festhaltens an alten Strukturen vorbei sind. Die Behauptung der Gegnerschaft, das heutige System sei ein «Erfolgsmodell», stimmt nicht! Wichtige Projekte kamen in den letzten Jahren nur schleppend voran oder sind sogar gescheitert. Für offensichtliche Defizite, wie zum Beispiel das

Bild des Tages: Roter Himmel über Uznach



Ein **Sonnenuntergang** mit sagenhaft intensiven Farben hat den Himmel über den Dächern von Uznach kürzlich verzaubert. Durch all das Rot fliegt ein Storch (rechts) heimwärts zur Storchenkolonie Uznach.

Leserbild Werner Walker, Uznach

Verkehrsproblem, wurden keine mehrheitsfähigen Lösungen gefunden.

Die schlecht besuchten Bürgerversammlungen repräsentieren nur noch ein bis zwei Prozent der Bevölkerung in einer Gemeinde mit 28 000 Einwohnenden. Auch wenn im Prinzip jeder und jede daran teilnehmen könnte, sieht die Realität oft anders aus. Wer an dem betreffenden Abend Kinder zu betreuen hat, Spätschicht arbeitet oder zum Sporttraining muss, ist vom demokratischen Prozess ausgeschlossen. Und wer 100 Prozent arbeitet, hat oft nicht mehr die Energie, nach einem langen Arbeitstag aus dem Haus zu gehen. Es ist offensichtlich, dass die Teilnahme an Bürgerversammlungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen schwieriger ist als für andere – ein Demokratiedefizit, das nicht bestritten werden kann.

Rapperswil-Jona ist hinsichtlich sozialer, wirtschaftlicher undverkehrlicher Themen längst eine richtige Stadt geworden. Was ihr fehlt, ist eine politische Organisation, die dieser Realität gerecht wird. Um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern, dürfen die Jungen, die Berufstätigen und die Eltern von Kindern die Geschicke dieser Stadt nicht länger von anderen Personengruppen lenken lassen, die ihre Partikularinteressen durchsetzen wollen. Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Bedürfnisse berücksichtigt werden und dass wir als Teil der Gesellschaft angemessen im politischen Prozess vertreten sind. Ein Stadtparlament ist ein vielfach bewährtes Instrument, um genau dieses Ziel zu erreichen. Deshalb brauchen wir am 12. März ein klares Ja zum Parlament.

Manuel Bleibler aus Rapperswil

Ein Ja für zukunftsorientierte Stadt

Das politische Leben in unserer Stadt steht schon länger still. Projekte scheitern regelmässig. Es fehlt der Mut, Veränderungen anzugehen. Wir brauchen dringend eine neue Form der Entscheidungsfindung. Das Parlament stellt diese neue Form dar.

Wir wählen die engagierten Parlamentarierinnen und Parlama-

ntarier aus unseren Reihen. Diese setzen sich für Themen ein, die uns am Herzen liegen, und bringen auch die nötigen Veränderungen. Durch ihren Einblick in die Materie können sie uns aber auch grössere Projekte der Stadt erklären und näherbringen.

So werden hoffentlich auch wieder dringend nötige Veränderungen und damit Entwicklungen möglich. Rapperswil-Jona kommt endlich von seinem Nein-Sager-Image weg und wird zukunftsorientiert! Mit einem klaren Ja zum Stadtparlament verheissen Sie Rapperswil-Jona zu einer Zukunft als konstruktiver, lebendiger Ort, in dem ich stolz und gerne wohne.

Ursi Frei aus Rapperswil-Jona

Seeweg – aber keine Bürgerversammlung

Ausgabe vom 19. Januar

Zum Thema Bürgerversammlung Rapperswil-Jona und zum Leserbrief «Beim Seeuferweg lässt der Neid grüssen»

Bürgerversammlung gehören abgeschafft. Es wäre fairer, man könnte brieflich abstimmen. Es darf doch nicht sein, dass 200 bis 300 Leute abstimmen können über Millionen.

Was den Wunsch nach einem Seeweg in Rapperswil-Jona betrifft, glaube ich nicht, dass Neid, weil man nicht am See wohnt, der Grund ist, dass man diesen möchte. Es ist einfach schön, am See entlangzuspazieren. Am Bodensee kann man dies kilometerweise von Romanshorn bis Kreuzlingen. Dort hat es auch schöne Häuser und Villen. Die Leute dort müssen über den Weg zum Badeplatz.

Brigitte Böhni aus Rapperswil-Jona

Man schlägt den Sack und meint den Esel

Die Gegner eines Parlaments schiessen in einem neuen Pamphlet erneut gegen diese, wie sie es nennen, Entmündigung der Bürgerinnen und Bürger. Offenbar spielen Kosten keine Rolle, denn dieses

Machwerk wurde wiederum in alle Haushalte verteilt. Dabei kriegen auch die Parteien ihr Fett ab mit dem Vorwurf, ihre Parteisoldaten würden nur ihre eigenen Interessen wahrnehmen. Mit Verlaub: Wer vertritt in der Politik nicht seine ureigenen Interessen? Ist dies bei der Gegnerschaft des Parlaments etwa anders?

Die Konstellation des Stadtrats, ein befehlsgewohnter Stadtpräsident, zwei vollamtliche Stadträte mit eigenem Departement und vier Teilzeitstatisten, wurde mit bürgerlicher Mehrheit und ohne Parlament kreiert. Die dürftige Bilanz und die zahlreichen Fehlleistungen konnte die Bürgerversammlung nicht verhindern. Kommt hinzu: In Rapperswil-Jona existiert keine Opposition. Ist ein Parteimann vollamtlich im Stadtrat und damit diese Partei im Zentrum der Macht, hört man von ihr nichts mehr, sie ist unsichtbar, ja stumm geworden. Rapperswil-Jona ist immer noch ein Dorf, ja ein Kaff, wo Checks und Balances unbekannt, offenbar unerwünscht sind!

Deshalb kann eine Bürgerversammlung für eine Stadt mit bald 30 000 Einwohnerinnen und Einwohnern keine zukunftssträchtige Lösung sein. Sie schaukelt den Stimmberechtigten direkte Mitsprache vor, interessant für Leute mit grossem Einfluss und Beziehungen. Als gewöhnlich Sterblicher hat man mangels fundierter Informationen aus dem Stadthaus einem schweren Stand an der Bürgerversammlung. Mit Parlamentarierinnen und Parlamentariern könnte der Stadtrat so nicht verfahren.

Weiterwursteln wie bisher geht nicht, dies weiss eigentlich jede und jeder. Fallen wir nicht auf die falschen Schalmeienklänge der Gegnerinnen und Gegner herein und wählen wir neue, intelligente, unabhängige und kreative Köpfe in das neue Parlament. Diese gibt es innerhalb und ausserhalb der Parteien.

Beat Schuler aus Jona

Demokraten des Stadtparlaments ...

Was für eine beschämende Propaganda (betreffend Broschüre des Nein-Komitees), welche ein demokratisch gewähltes Parlament als

schädlich bezeichnet, welches in Bund, Kanton und allen grösseren Gemeinden eingeführt ist. Frage: Ist das Demokratie, wenn drei Prozent der Stimmbevölkerung in vier Bürgerversammlungen Ja oder Nein zu sagen haben mit einem teilweise fragwürdigen Zählverfahren? Frage an die jeweils 97 Prozent abwesenden Stimmbürgerinnen und -bürger: Wem soll die Mitsprache, Verantwortung, Projektentwicklung und so weiter übertragen werden?

Ich empfehle den Exponenten des Nein-Komitees, sich für das kommende Stadtparlament aufzustellen, damit wir sie als Parlamentarier in einem demokratischen Verfahren wählen können. Dort können sie sich proaktiv im politischen Willens- und Gestaltungsprozess zum Wohl unserer Stadt einbringen.

Bruno Rössli aus Rapperswil-Jona

Der Kompromiss Tempo 40

Kürzlich hat eine Verkehrsstudie klar aufgezeigt, dass Tempo 30 in den meisten Ortschaften weder den ÖV noch den Privatverkehr merklich beeinträchtigt. Und vor ein paar Wochen hat der Schweizer Städteverband generell Tempo 30 für die Städte gefordert. Sein Hauptargument war: «Der von Verkehr verursachte Lärm ist lästig, schadet der Gesundheit, ist schlecht für die Wirtschaft und behindert die Stadtentwicklung.» Dies zu Recht, denn über eine Million Menschen werden in der Schweiz täglich übermässig vom Verkehrslärm belastet. Dies beeinträchtigt ihr Wohlbefinden und ihre Gesundheit ohne eigenes Verschulden. Darum besteht für Bund und Kanton eine Handlungsnotwendigkeit.

Tempo 30 findet bei uns aber nur für bestimmte Quartiere in den Städten eine breite Akzeptanz. Dies zeigt sich zum Beispiel an der Diskussion um die Tempo-30-Signalisation an der Bürgstrasse in Neuhaus, die keine typische Quartierstrasse ist. Sie kreuzt aber einen wichtigen Schulweg. Schon darum ist da eine Temporeduktion sinnvoll. Wenn nämlich ein Auto mit 30 unterwegs ist und ein Kind läuft 20 Meter vor dem heranfahrenden Auto auf die Strasse, kann es bei einer durchschnittlichen Reaktionszeit des Lenkers noch rechtzeitig halten. Hingegen, wenn das gleiche Auto mit 50 fährt, prallt es wegen der Reaktionszeit und der höheren Geschwindigkeit mit fast der ganzen Geschwindigkeitswucht in das Kind. Mehr Sicherheit, weniger Lärm und weniger Schadstoffe dank Temporeduktionen im Verkehr sind mehrfach erwiesen. Trotzdem scheint mir Tempo 30 auf vielen übersichtlichen Hauptstrassen nicht angemessen und nicht mehrheitsfähig zu sein.

Aber warum nicht generell Tempo 40 innerorts auf den Hauptstrassen? Je nach Situation kann «Generell 40» auf 50 erhöht oder eben auf 30 reduziert werden. Ich denke da zum Beispiel an die St. Gallerstrasse, die Neue Jonastrasse und auch die Rütistrasse in Rapperswil-Jona. Da wäre 40 statt 50 mehr als sinnvoll. Oder auch an die Ortsdurchfahrten in Schmerikon, Uznach oder Kaltbrunn. In den Quartieren Tempo 30 und an bewohnten Ortsdurchfahrten Tempo 40. Ich meine, dies wäre ein sinnvoller und gut schweizerischer Kompromiss, der weniger Lärm und mehr Sicherheit im Strassenverkehr mit sich bringen würde.

Urs Bernhardsgrütter aus Rapperswil-Jona, Präsident Grüne Linth